

# 82 Millionen Euro für Notfälle

25-06-2014 PiTa, EIna, UeNa

Bund hilft in „komplexen Rettungssituationen“ in Windparks / Kritik von Wedeler Bundestagsabgeordneten Valerie Wilms

## BAD BRAMSTEDT/WEDEL

Ein Hochseewindpark ist ein riskanter Arbeitsplatz. Ob beim Umsteigen vom Schiff auf die Anlagen, beim Arbeiten an den Türmen oder beim Tauchen an den Sockeln – überall lauern Gefahren. Und wenn bei rauer See und hohen Wellen tatsächlich etwas passiert, dann ist der Weg für die Retter weit: Viele Windparks in der deutschen Nordsee entstehen mehr als 100 Kilometer von der Küste entfernt.

Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) kündigte an: Bei schweren Unfällen in Offshore-Anlagen soll künftig das von Bund und Ländern eingerichtete Havariekommando in Cuxhaven mit Hubschraubern der Bundespolizei den Einsatz übernehmen. Das geht aus einem Bericht von Staatssekretär Enak Ferlemann an den Rechnungsprüfungsausschuss des Bundestags hervor.

Zwar haben die Betreiber der Meereswindparks bereits eigene Leitstellen für die Unfallrettung installiert und chartern in Notfällen Helikopter von privaten Firmen. Doch für sogenannte „komplexe Rettungssituationen“ reichen die Vorkehrungen nach Dobrindts Einschätzung nicht aus. Vor allem mit der Bergung aus großer Höhe oder Tiefe seien die privaten Dienste überfordert.



**Einsatz für die Windkraft:** Mit Hubschraubern vom Typ „Super Puma“ soll die Bundespolizei bei Notfällen in Offshore-Parks helfen. Der Bund gibt dafür 82 Millionen Euro aus.

Daher soll nun die Bundespolizei drei Hubschrauber vom Typ „Super Puma“ für diesen Zweck bereitstellen – zwei alte werden dazu umgerüstet, ein dritter wird neu gekauft. Insgesamt investiert der Bund für die Aufgabe in den nächsten zehn Jahren 82 Millionen Euro, davon 58 Millionen für die drei Helikopter. Stationiert werden sie in der Fliegerstaffel Fuhlendorf bei Bad Bramstedt.

Dank der drei Rettungshubschrauber sieht sich der Bund

für Notfälle in den Hochseewindparks gut gewappnet, erklärt Ferlemann. Noch stehen zwar erst 230 Windräder in Nord- und Ostsee – doch weitere 570 sind in Bau und gut 1000 in Planung. Daher werden bald hunderte Techniker und Servicekräfte täglich in den Feldern arbeiten.

Allerdings gibt es auch Kritik an den Plänen von Dobrindt. Die Grünen-Bundestagsverkehrsexpertin **Valerie Wilms (kleines Foto)** aus Wedel sieht nicht ein, dass

der Staat Aufgaben übernimmt, die eigentlich die Unternehmen im Rahmen ihres betrieblichen Arbeitsschutzes erfüllen müssten. „Dadurch drohen hohe Folgekosten und eine Aufblähung des eigentlich sinnvollen Havariekommandos“, kritisiert sie.

Noch einen Schritt weiter geht der Verwaltungsrechtler und frühere Rechtsabteilungsleiter im Verkehrsressort, Michael Zumpe: Er hält die Pläne des Ministeriums für „außerhalb der verfas-

sungsmäßigen Zuständigkeit des Bundes“. Auch nach Zumpe Auffassung ist die Notfallrettung in Meereswindparks Sache „der dort tätigen Unternehmen“: Die müssten daher das nötige Fachpersonal und die nötige Ausrüstung vorhalten – selbst für „komplexe Rettungssituationen“. Schließlich würden auch an Land alle Betriebe, von denen besondere Gefahren ausgehen, zur Einrichtung einer Werksfeuerwehr verpflichtet.

*Henning Baethge*